

**SPD-Fraktion
Die Linke**

**CDU-Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Marl**

SPD-Fraktion · Postfach 1120 · 45765 Marl

An den
Bürgermeister der Stadt Marl
Herrn Werner Arndt

Rathaus

Neudruck

Marl, 18.06.2020

Gemeinsame Resolution betreffend Rettungsschirm für Kommunen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

bitte setzen Sie den gemeinsamen Resolutionsentwurf von SPD-Fraktion, CDU-Fraktion und Fraktion Die Linke auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Rates:

Aufgrund der Corona-Krise sinken die Gewerbesteuereinnahmen auch für Marl. Wir brauchen diese Einnahmen, um das öffentliche Leben in unserer Stadt finanzieren zu können. So wollen wir gemeinsam zur Erreichung der Ziele des Radentscheids die Weichen stellen und Investitionen auf dem Weg bringen. Dies ist auch im Kontext von Klimaschutz zu betrachten und ein wichtiger Beitrag zum Gelingen der Energiewende. Außerdem wollen wir weitere Kita-Plätze schaffen, unsere Schulen modernisieren und zukunftsgerichtet ausstatten, den Einzelhandel stärken und in unser Stadtbild investieren.

Die aktuelle Steuerschätzung vom 14. Mai 2020 geht davon aus, dass in diesem Jahr allein bei der umsatzabhängigen Gewerbesteuer mit Mindereinnahmen von gut 12 Milliarden Euro für alle Kommunen zu rechnen ist. Für Marl wird mit Mindereinnahmen in Millionen Höhe gerechnet. Hinzu kommen Mehrbelastungen durch erhöhte Sozialausgaben und Mindereinnahmen in anderen Bereichen. Diese erheblichen Steuermindereinnahmen setzen uns in Marl unter Druck und gefährden die Finanzierung wichtiger Aufgaben in unserer Stadt. Ein Sparprogramm zum jetzigen Zeitpunkt wäre ökonomisch unsinnig und würde eine Wiederbelebung der Wirtschaft abwürgen. Außerdem würden wichtige Investitionen in die Infrastruktur verhindert.

Deshalb ist es dringend erforderlich, dass Bund und Länder uns und die anderen Kommunen unterstützen und entlasten.

Es gilt, die Handlungsfähigkeit von Marl in der Krise zu sichern!

Es gilt, einen sprunghaften Anstieg der kommunalen Verschuldung zu vermeiden!

Es gilt, die Investitionsfähigkeit unserer Stadt und der anderen Kommunen in und nach der Krise zu sichern!

Ein erster Teil des von Bundesfinanzminister Olaf Scholz vorgeschlagenen Solidarpaktes 2020, dass Bund und Länder gemeinsam den Gemeinden die Verluste bei den Gewerbesteuereinnahmen in diesem Jahr pauschaliert ausgleichen, wurde ebenso wie die Entlastung bei den KDU (Kosten der Unterkunft) aufgegriffen und die Umsetzung vereinbart. Jedoch bleibt die Übernahme der kommunalen Liquiditätskredite (Altschulden) von bundesweit ca. 45 Milliarden Euro ein vordringliches Thema. Die Stadt Marl könnte mit rund 120 Millionen Euro von einer solchen Regelung profitieren. Die Signale vom Land einen Anteil zu

Seite 1

**SPD-Fraktion
Die Linke**

**CDU-Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Marl**

übernehmen, damit die Kommunen spürbar entlastet werden, müssen nun in konkrete Politik umgesetzt werden.

1. Der Rat der Stadt Marl schließt sich der Resolution der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr (RVR) zu den finanziellen Auswirkungen und Konsequenzen der COVID-19-Pandemie für die Kommunen in der Metropole Ruhr an.
2. Der Rat der Stadt Marl begrüßt die von Bundesfinanzminister Olaf Scholz ergriffene Initiative für einen kommunalen Solidarpakt 2020 sowie die in diesem Zusammenhang vereinbarten Maßnahmen.
3. Der Rat der Stadt Marl ermutigt die Landesregierung sowie die Bundesregierung weiterhin die Altschuldenproblematik anzugehen und den Vorschlag des Bundesfinanzministers umzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen



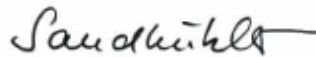
Peter Wenzel
SPD-Fraktion



Thomas Terhorst
CDU-Fraktion



Claudia Fleisch
Fraktion Die Linke



Michael Sandkühler
Bündnis 90/ Die Grünen

Anlage
Resolution des RVR

**SPD-Fraktion
Die Linke**

**CDU-Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Marl**

**CDU-Fraktion
SPD-Fraktion
Grüne-Fraktion
Linke Fraktion**

**Resolution der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr (RVR)
zu den finanziellen Auswirkungen und Konsequenzen der COVID-19-Pandemie
für die Kommunen in der Metropole Ruhr**

Die RVR-Verbandsversammlung begrüßt die für die Kommunen vorgesehenen Maßnahmen im von der Bundesregierung beschlossenen Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket. Sie beinhalten eine Entlastung der Kommunen bundesweit allein bei den Soziallasten in Höhe von mehr als 12,5 Mrd. Euro. Außerdem sind u.a. der Ersatz der coronabedingten Gewerbesteuer ausfälle, den Entfall der Gewerbesteuerumlage und eine erhebliche Förderung des ÖPNV zu erwarten.

Die RVR-Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob Mittel aus dem Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket bei bevorstehenden Maßnahmen oder Projekten des Verbandes und seiner Tochtergesellschaften genutzt werden können.

Festzustellen ist, dass insbesondere die höhere Beteiligung des Bundes bei den Kosten der Unterkunft ein positives Signal ist und eine dauerhafte strukturelle Hilfe für die Städte und Gemeinden mit überdurchschnittlich hohen Soziallasten darstellt. Allein die Übernahme von zusätzlichen 25 % dieser Kosten sorgen für eine jährliche, nachhaltige Entlastung der kommunalen Haushalte im RVR-Verbandsgebiet von 392 Mio. €. Die Verbandsversammlung begrüßt dieses wichtige Signal zur Lösung der strukturellen Probleme. Das beschlossene Paket entlastet die kommunalen Haushalte im RVR-Verbandsgebiet sofort und trägt dauerhaft dazu bei, neue Schulden zu vermeiden.

Allerdings fehlt nach wie vor eine Lösung für die Altschuldenproblematik von besonders belasteten Kommunen in der Metropole Ruhr. Diese ist trotz des Angebotes der Bundesregierung und der Unterstützung des Landes NRW am Widerstand anderer Bundesländer gescheitert.

Die Landesregierung hat in dieser Frage weiterhin Gesprächsbereitschaft signalisiert. Lösungsvorschläge wurden schon diskutiert. In der Ruhrkonferenz hatten die Vertreter der Städte zudem erklärt, dass sie sich neben der Unterstützung durch das Land mit eigenen Beiträgen an Lösungen beteiligen wollen.

Wir erwarten, dass die Landesregierung den Dialog mit den Städten und Kreisen fortsetzt und gemeinsam eine Lösung der Altschuldenproblematik erarbeitet wird. Der RVR, der mit der Berichterstattung über die Kommunalfinanzen schon lange auf die Notwendigkeit einer Altschuldenregelung hingewiesen hat, wird diesen Prozess weiter positiv begleiten und unterstützen.